Achim Albrecht,
Gesine Bade,
Andreas Eis,
Uwe Jakubczyk,
Bernd Overwien (Hg.)

Jetzt erst recht: Politische Bildung!

Bestandsaufnahme und bildungspolitische Forderungen

WOCHEN SCHAU
WISSENSCHAFT

© WOCHENSCHAU Verlag

Achim Albrecht, Gesine Bade, Andreas Eis,
Uwe Jakubczyk, Bernd Overwien (Hg.)

Jetzt erst recht: Politische Bildung!

Bestandsaufnahme und bildungspolitische Forderungen

WOCHEN SCHAU
WISSENSCHAFT

© WOCHENSCHAU Verlag

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter http://dnb.d-nb.de abrufbar.

© WOCHENSCHAU Verlag,
Dr. Kurt Debus GmbH
Frankfurt/M. 2020

www.wochenschau-verlag.de

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieses Buches darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie oder einem anderen Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet werden.

Umschlaggestaltung: Ohl Design
Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier
Gesamtherstellung: Wochenschau Verlag
ISBN 978-3-7344-0978-3 (Buch)
E-Book ISBN 978-3-7344-0979-0 (PDF)

© WOCHENSCHAU Verlag

INHALT

ACHIM ALBRECHT, GESINE BADE, ANDREAS EIS, UWE JAKUBCZYK, BERND OVERWIEN

Jetzt erst recht: Politische Bildung! 7

1. Politik besser verstehen – in einer verunsicherten Gesellschaft

ILKA BRECHT

Politik besser verstehen: Auftrag und Chance politischer Medien 19

JOHANNA F. ZIEMES, HERMANN J. ABS

Zum politischen Mindset heranwachsender Bürger*innen – Ergebnisse aus ICCS 2016 27

2. Politische Bildung in der Grundschule

ANDREA BECHER, EVA GLÄSER

Politische Bildung im Sachunterricht: Theoretische Begründungen, historische Bezüge und grundlegende Konzeptionen 45

EVA GLÄSER, ANDREA BECHER

Präkonzepte von Grundschulkindern zu politischen Konzepten: Forschungslinien und empirische Befunde zum politischen Lernen im Sachunterricht 62

3. Politische Bildung als Hauptfach? Fachverständnis und Lehrkräfteausbildung

BERND OVERWIEN

Politische Bildung: Teil der Allgemeinbildung 87

WOLFGANG SANDER

Fächerintegration in den Gesellschaftswissenschaften: Neue Ansätze und theoretische Grundlagen 98

© WOCHENSCHAU Verlag

ANDREAS EIS

Hauptfach Politische Bildung als Fächerverbund der Gesellschaftswissenschaften? 115

4. Politische Bildung in der Beruflichen Bildung

BETTINA ZURSTRASSEN

Politisch-demokratische Mündigkeit in Beruf und Gesellschaft: Der Bildungsauftrag der berufsbildenden Schulen 133

5. Qualifizierung und Weiterbildung: Status quo und Konzepte für die Fort- und Weiterbildung

MARCEL GRIEGER, MONIKA OBERLE

Fächerübergreifendes Unterrichten im Fach Gesellschaftslehre. Herausforderungen und Ansätze für die Lehrerbildung 147

ACHIM ALBRECHT, MARIANNE HUTTEL

Fort- und Weiterbildung für schulische Politische Bildung auf- und ausbauen: Wann, wenn nicht jetzt? 164

6. Politische Bildung: nicht nur Aufgabe der Schule. Zur Kooperation mit der außerschulischen Bildung

MARIA GRÜNING

Wann, wenn nicht jetzt!? Kooperation in der außerschulischen und schulischen politischen Bildung 179

ALEXANDER WOHNIG

Bildungs- und Lernprozesse in politischen Aktionen: Eine Fallstudie aus einem Kooperationsprojekt von Schule und außerschulischem politischen Bildungsträger 188

7. Politische Bildung und gesellschaftliche Ungleichheit

SANEM KLEFF

Politische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft: Erfahrungen aus der Praxis von Courage-Schulen 207

© WOCHENSCHAU Verlag

ILKA HOFFMANN

Politisches Empowerment von benachteiligten Lernenden: Paulo Freires Pädagogik der Unterdrückten 219

STEVE KENNER, DIRK LANGE

Digitalisierung als Herausforderung für politische Bildung. Im Spannungsfeld von inklusiven Praxen und neuen Formen der Exklusion 233

8. Bildungspolitische Forderungen und Empfehlungen: Ergebnisse und Beobachtungen einer Grundsatztagung

SAMUEL SEIP, JULIA SCHÄTZLEIN

Handlungsräume in der Bildungspolitik der Länder: Dokumentation der Podiumsdiskussion mit Landtagsabgeordneten und der GEW. 251

Anhang

Wann, wenn nicht jetzt? Erklärung zur Politischen Bildung in den Schulen. Ergebnisse einer Grundsatztagung der Universität Kassel und Evangelischen Akademie Hofgeismar im Oktober 2018 261

Autorinnen und Autoren 275

© WOCHENSCHAU Verlag

© WOCHENSCHAU Verlag

ACHIM ALBRECHT, GESINE BADE, ANDREAS EIS,
UWE JAKUBCZYK, BERND OVERWIEN

Jetzt erst recht: Politische Bildung!

1. Gesellschaftliche und politische Herausforderungen

Der vorliegende Band dokumentiert die Ergebnisse der Grundsatztagung „Wann, wenn nicht jetzt? Politische Bildung in der Schule", die vom 19. bis 21. Oktober 2018 an der Evangelischen Akademie in Hofgeismar mit Akteuren aus Wissenschaft, Lehrkräftebildung, (außer)schulischer Praxis und Politik stattfand. Ausgangspunkt ist die politische Lage in Deutschland und Europa, die durch ein Erstarken autoritärer und illiberaler politischer Kräfte und Denkmuster gekennzeichnet ist. Gesellschaften in Europa driften auseinander, globale Entwicklungen verursachen Ängste und Verunsicherung. Viele junge Menschen engagieren sich für Klimaschutz oder gegen Menschenfeindlichkeit und Rassismus. Sie fordern leidenschaftlich die konsequente Umsetzung internationaler Verträge und demokratischer Versprechen ein. Gleichzeitig erscheint die politische Bearbeitung globaler Fragen (nicht nur auf europäischer und transnationaler Ebene) als vielfach intransparent und an ökonomischen Imperativen orientiert, während parlamentarische und zivilgesellschaftliche Mitwirkungsmöglichkeiten begrenzt bleiben oder unterlaufen werden. Viele Menschen suchen Antworten im Rückzug auf nationale Räume und die Sicherung ihrer eigenen Interessenlagen. Rechtsnationale autoritäre Denkmuster wie Ungleichheitsideologien, Diskriminierungen, Menschenfeindlichkeit, die Relativierung der NS-Verbrechen und Antisemitismus finden sich zunehmend auch „in der Mitte" der Gesellschaft (Decker/Brähler 2018). Eine sich vergrößernde Distanz und Ablehnung von politischen Akteuren, Institutionen, Medien und öffentlichen Diskursen untergraben demokratische Verfahren. Diese Phänomene spiegeln gesellschaftliche Konflikte und verweisen zugleich auf offenkundige Defizite sowie einen dringenden Handlungsbedarf zur Stärkung Politischer Bildung in der Schule.

© WOCHENSCHAU Verlag

2. Notwendigkeit und Marginalisierung Politischer Bildung

Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Notwendigkeit selbstständigen Denkens und Urteilens haben sich verändert, die Aufgabe von Schule, junge Menschen dafür zu qualifizieren, dass sie als Subjekte politischen Handelns gesellschaftliche Problemlagen nicht nur analysieren, sondern auch kollektiv mitgestalten können, ist geblieben und zeigt sich aktuell in ihrer besonderen Dringlichkeit. Auch als Konsequenz aus den Verbrechen des Nationalsozialismus' etablierte sich nach dem Zweiten Weltkrieg Politische Bildung an westdeutschen Schulen. In den 1960er Jahren setzte sich in den Landtagen allmählich die Einsicht durch, dass Politische Bildung nicht nur eine Aufgabe jeder Schule als Ganzes sei, sondern auch eines Faches bedürfe, für das Lehrer*innen speziell ausgebildet werden. Dafür wurden Lehrstühle für Politikdidaktik geschaffen, Politische Bildung in die universitäre Lehrkräftebildung integriert und eigene Unterrichtsfächer mit unterschiedlichen Bezeichnungen eingeführt. Oft gibt es Kombinationen mit anderen gesellschaftswissenschaftlichen Fachanteilen (z.B. Politik und Wirtschaft, Sozialkunde etc.), an integrierten Gesamtschulen ist Politische Bildung Teil des Fächerverbundes „Gesellschaftslehre" zusammen mit Geschichte und Geografie. In den Stundentafeln der elf und später 16 Bundesländer wurde Politische Bildung in den letzten zwei Jahrzehnten allerdings zu einer randständigen Erscheinung in den Schulen (Gökbudak/Hedtke 2019).

Diese Entwicklung kann auf verschiedene Faktoren zurückgeführt werden. So führte die Rezeption der Ergebnisse der PISA-Studien zu einer Verstärkung der „MINT"-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) durch die Kultusministerien und Landtage. Dies geschah auch zulasten der Politischen Bildung und der Gesellschaftswissenschaften. Schule wird verstärkt als ökonomischer Standortfaktor gesehen. Die schockartigen PISA-Erkenntnisse der Mittelmäßigkeit deutscher Schüler*innen in Schreiben, Rechnen und Lesen mobilisierten Vertreter*innen der deutschen Wirtschaft, die neue bildungspolitische Strategien und marktkonforme Qualifikationen einforderten. Die überstürzte Einführung von „G8" an Gymnasien, einschließlich der wiederum hektischen Volte rückwärts zu „G9" ist ein Beispiel für ein oft konzeptloses bildungspolitisches Handeln und eine politische Neubestimmung des Bildungsbegriffes sowie des demokratischen Bildungsauftrags von Schule.

Als weitere Folge der PISA-Debatten setzte sich unter den Kultusministerien eine Orientierung von Unterricht und Lernen an „Kompetenzen" und empirisch überprüfbaren „Standards" durch. Dies geschah mit einer spezifisch deutschen Variante: Insbesondere aus Sicht vieler CDU-geführter Kultusmi-

© WOCHENSCHAU Verlag

nisterien sollte es nicht um die Entwicklung von „Mindeststandards" gehen. In der Konsequenz hätten Schulen und Lehrkräfte in höherem Maße die Verantwortung für langsamer lernende Schüler*innen mit verschiedenen Lernschwierigkeiten, bildungs- und familienpolitischen Benachteiligungen oder Ausprägungen von Beeinträchtigungen übernehmen müssen. Definierte Mindestziele könnten ein Schulsystem grundsätzlich infrage stellen, das am Ein- und Aussortieren in verschiedene Schulformen der Sekundarstufe I statt an inklusiver Bildung und einer Demokratisierung von Schule orientiert ist. Hingegen wurden zentrale Abschlussprüfungen in den „Hauptfächern" eingeführt und diese dadurch zusätzlich aufgewertet. Eine Abwertung von „Nebenfächern" wie der Politischen Bildung ist eine Konsequenz der zunehmenden Wettbewerbsorientierung und einer Ökonomisierung von Bildung (vgl. Eis 2019). Die Formulierung von schulformspezifischen Standards und deren (wissenschaftlich umstrittener) Anspruch, diese auch „evidenzbasiert", quantifizierbar überprüfen zu können, führte zudem zu einer ambivalenten didaktischen Wende „von der Input- zur Output-Steuerung". Die Auswahl von Bildungsinhalten wird nicht mehr mit der Analyse „epochaltypischer Schlüsselprobleme" und der Bearbeitung aktueller gesellschaftlicher Strukturkonflikte begründet, sondern durch eine Rückkehr zu (vermeintlich) wissenschaftsorientierten, objektivierbaren „Basis- und Kernkonzepten". Studien der qualitativen empirischen Unterrichtsforschung dokumentieren die mitunter sehr ernüchternde Alltagspraxis dieses „Reformgewitters" und ihres „Verzicht[s] auf Bildung als Verstehen" (Gruschka 2010, 39).

Inzwischen vermehrt sich die Kritik an der Gefahr der Verengung kreativer Unterrichtsgestaltung und selbstbestimmten Lernens. Partizipatorische Lernkulturen und Ansätze demokratischer Unterrichts- und Schulentwicklung reduzieren sich vielfach auf Selbststeuerung, Freundlichkeits- oder Pseudopartizipation oder auf neue Formen der Selbstdisziplinierung, wenn schulische Mitbestimmung auf soziale Streitschlichtung oder die Wahl der Reihenfolge der zu bearbeitenden Arbeitsaufträge beschränkt bleibt (vgl. Heitz 2014). Politische Sozialisation und Prozesse politischer Selbst-Bildung erschöpfen sich jedoch nicht in der Aneignung von (standardisierten) Kompetenzen. Politische Bildung greift die subjektiven und kollektiven Deutungsmuster der Lernenden auf und zielt auf eine kritische Auseinandersetzung mit Interessen- und Wertekonflikten sowie die Ermöglichung bewusster Entscheidungen für Werte wie Grund- und Menschenrechte, Gleichheit, Pluralität, soziale Teilhabe, Minderheitenschutz oder dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Das Hinterfragen der vielfach prekären Einlösung dieser normativen Setzungen und „Versprechen" lässt sich kaum in Kompetenzen fassen, die in eng getakteten Unterrichtsstun-

© WOCHENSCHAU Verlag

den überprüft (und benotet) werden. Ausgangspunkt politischer Lernprozesse müssen die gesellschaftlichen Problemlagen und realpolitischen Auseinandersetzungen um die Ausgestaltung und Gefährdungen der Demokratie sein: „Eine echte politische Kontroverse macht unterschiedliche Interessen, Denkweisen und Praxen sowie Alternativen gesellschaftlicher Zukunftsentwicklung sichtbar" (Frankfurter Erklärung 2015). Diese sind nicht normierbar, standardisierbar oder in Basis- und Fachkonzepten adäquat zu fassen.

3. Hoher Anspruch trifft auf defizitäre Rahmenbedingungen: Zur Situation Politischer Bildung an den Schulen

Die Beschlüsse der Kultusministerkonferenz (2009, 2018) zur Politischen Bildung und alle 16 Landesschulgesetze geben einen deutlichen Bildungs- und Erziehungsauftrag an die Schulen, Demokratie als Ziel und Gegenstand Politischer Bildung im Unterricht und in einer demokratischen Schulstruktur zu vermitteln und zu verwirklichen (KMK 2018). Der gesetzlich formulierte Auftrag scheint klar zu sein. Dennoch zeigen empirische Studien vermehrt, dass die Fächer der Politischen Bildung im Schulalltag ein Schattendasein fristen.

Nach einer Studie zur Demokratiebildung von 2018, in der 1200 Lehrer*innen befragt wurden, gaben 96 % der Befragten an, dass Demokratiebildung in der Schule nur von mittlerer Bedeutung für sie sei (Schneider/Gerold 2018, 23). Nur 1,3 % setzten demokratiefördernde Unterrichtsformate regelmäßig ein (ebd., 24) und nur knapp die Hälfte der Befragten hatte im Befragungszeitraum ihre Schüler*innen ermutigt, Kritik am Unterricht zu üben, indem sie ein systematisches Feedback zu ihrem Unterricht einholten (ebd., 23). Diplomatisch resümierten die Autoren, die Möglichkeiten für Schüler*innen, sich am Schulalltag demokratisch zu beteiligen, seien noch ausbaufähig (ebd. 24). Als Grund dafür wird benannt, dass entsprechende Inhalte zur Politischen Bildung in der Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften nur eine rudimentäre Rolle spielen. Nur 16 % der Befragten konnten sich im Studium mit Inhalten der Politischen Bildung und/oder Demokratievermittlung auseinandersetzen, im Referendariat nur noch 13 %, in Weiterbildungskontexten grade mal 18 % (ebd., 28). Hier liegt es in der Hand der Bundesländer, diese Zahlen nach oben zu korrigieren und entsprechende Qualifizierungsangebote auszubauen und Lehrkräften die Teilnahme daran zu ermöglichen.

Im Bundesländervergleich „Ranking Politische Bildung 2018" von Mahir Gökbudak und Reinhold Hedtke zeigen sich erhebliche Unterschiede in der

© WOCHENSCHAU Verlag

Ausgestaltung der Fächer der Politischen Bildung. Die Mehrheit der Landesregierungen behandle Politische Bildung als „Schulfach zweiter Klasse" (Hedtke zit. nach Reinhardt 2019, 16). Insgesamt ist Politische Bildung als Schulfach in den verschiedenen Schulformen deutlich schwächer vertreten als andere gesellschaftswissenschaftliche Fächer wie bspw. Geschichte oder Geografie (Gökbudak/Hedtke 2019, 10 ff). Der fachfremde Unterricht ist nicht das einzige Problem Politischer Bildung in Deutschland. Auch die zur Verfügung stehende Unterrichtszeit ist verantwortungslos knapp. So schwankt im Gymnasium der Stundenanteil Politischer Bildung von 0,5 % in Bayern bis zu 4,4 % in Hessen, an nichtgymnasialen Schulformen zwischen 1,1 % in Berlin und 3,5 % in NRW.

Sabine Achour und Susanne Wagner kommen in ihrer Schüler*innenbefragung zu ebenfalls alarmierenden Erkenntnissen. Der Studie zufolge profitieren vor allem Schüler*innen an Gymnasien von schulischen Angeboten Politischer Bildung, während anderer Schulformen und Schüler*innen aus bildungsbenachteiligten Haushalten keinen gleichberechtigten Zugang dazu erhalten (Achour/Wagner 2019). Dies spiegelt sich auch in den politischen Einstellungen wider. Junge Menschen, die kein Gymnasium besuchen, zeigen sich deutlich ablehnender gegenüber Geflüchteten sowie Menschen mit muslimischer oder jüdischer Religionsangehörigkeit (vgl. ebd. 158 ff.).

Auch Anja Besand bestätigt nach Untersuchungen an beruflichen Schulen, dass die dort lernenden jungen Menschen (ca. 2,6 Millionen jährlich) nur unzureichend, teilweise gar nicht, von den Angeboten Politischer Bildung erreicht werden. Auch hier ist der Hauptgrund, dass Politische Bildung als Schulfach an den Rand gedrängt, nur in einer absoluten Minimalausführung stattfindet und zu großen Teilen von nicht dafür qualifizierten Lehrkräften ohne Weiterbildungsmöglichkeiten unterrichtet wird (vgl. Besand 2014, 103, 140, 168).

Insgesamt zeigt sich ein desaströses Bild der schulischen Wirklichkeit Politischer Bildung in Deutschland. Die großen Unterschiede zwischen den Bundesländern und die viel zu gering veranschlagte Zeit in den schulischen Stundentafeln stellen die hohen Ansprüche, wie sie bspw. die KMK und die Landesschulgesetze formulieren, vor große Probleme. Verschärfend kommt hinzu, dass nach Daten aus NRW und Hessen ein unvertretbar hoher Anteil der Fächer der Politischen Bildung (in der Sekundarstufe I teilweise sogar über 80 %) fachfremd, das heißt von nicht dafür ausgebildeten Lehrkräften, unterrichtet wird (vgl. Abs/Hahn-Laudenberg 2017, 328; Hessischer Landtag 2015, 53 f). Es existiert kein anderes Schulfach, das auch nur annähernd so häufig fachfremd unterrichtet wird wie „Politik" oder „Politik & Wirtschaft" (Gökbu-

© WOCHENSCHAU Verlag

dak/Hedtke 2019, 3). Es spricht viel dafür, dass sich diese Befunde in ähnlicher Weise in anderen Bundesländern darstellen.

4. Konsequenzen und Handlungsempfehlungen

Wie kann Schule unter diesen Bedingungen dem ihr aufgetragenen Beitrag zum Bilden und Erziehen von Demokrat*innen gerecht werden? Wie kann auf diese Weise auf die aktuellen gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen reagiert werden? Wenn Politische Bildung mehr als die viel zitierte „Feuerwehr" sein soll, die erst dann löscht, wenn es bereits brennt; wenn Demokratie wirklich von Anfang an gelebt, gelernt und mitgestaltet werden soll, dann braucht es den politischen Willen in den Landesregierungen, Politischer Bildung einen höheren Stellenwert einzuräumen und die entsprechenden Ressourcen dafür bereitzustellen. Die empirischen Befunde zeigen, dass die Wirklichkeit der schulischen Politischen Bildung eine katastrophal andere ist als die gesetzlich geforderte.

Die „Erklärung zur Politischen Bildung an Schulen" (in diesem Band), die auf der Tagung in Hofgeismar unter der Mitarbeit von ca. 100 Expert*innen aus Wissenschaft und Bildungspraxis erarbeitet wurde, soll eine Antwort auf die festgestellten Fehlentwicklungen darstellen. Den strukturellen Defiziten, wie die in den Ländern höchst unterschiedliche Behandlung des Unterrichtsfaches Politik und der nicht mehr zu leugnenden Marginalisierung des Faches, soll in folgender Weise begegnet werden:

- Politische Bildung muss ab der frühkindlichen Bildung durch demokratische Partizipation der Kinder beginnen. Von der Primarstufe über die Sekundarstufen bis hin zur beruflichen Bildung müssen die Fächer der Politischen Bildung von fachlich qualifizierten Lehrkräften unterrichtet werden.
- Mit häufig lediglich einer Unterrichtsstunde pro Woche ab Klasse 8, die in Haupt- und Realschulen sowie in beruflichen Schulen zwischen 50 und 80 Prozent fachfremd unterrichtet wird, können Schulen ihrem demokratischen Bildungsauftrag nicht gerecht werden.
- Politische Bildung muss in allen Schulformen gestärkt werden. Für die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer (d.h. Politik, Wirtschaft, Recht, Gesellschaft/Sozialkunde/Soziologie, Geschichte, Geografie) müssen insgesamt deutlich mehr Unterrichtsstunden, in der Sekundarstufe I mindestens sechs Stunden pro Woche in jedem Schuljahr, zur Verfügung stehen.
- Wir fordern Kultusministerien dazu auf, Lehrkräfte, die Universitäten und

© WOCHENSCHAU Verlag

Studienseminare mit einem Abschluss der Fächer Sachunterricht, Politik, Sozialkunde, Gesellschaftswissenschaften, Geschichte und Geografie verlassen, genauso vorrangig in den Schulen einzustellen, wie dies in den letzten Jahren für andere Fächer z.B. im MINT-Bereich galt.

- Die Studienzeiten für die Lehramtsstudiengänge der Grund-, Haupt- und Realschule sind in allen Bundesländern auf das Niveau von Masterstudiengängen für das Lehramt an Gymnasien (10 Semester) anzugleichen.
- Wir fordern den Aufbau anspruchsvoller Fort- und Weiterbildungsstrukturen für Politische Bildung. Für bisher fachfremd unterrichtende Lehrkräfte halten wir eine zweijährige berufsbegleitende Weiterbildung unter angemessenen Lern- und Arbeitsbedingungen für dringend notwendig.

5. Aufbau des Bandes, Danksagung

Als Ergebnis einer intensiven einjährigen Vorbereitung und Kooperation zwischen dem Fachgebiet Didaktik der Politischen Bildung an der Universität Kassel und der Evangelischen Akademie Hofgeismar entstand die Konzipierung und Durchführung der Grundsatztagung „Wann, wenn nicht jetzt? Politische Bildung in der Schule“, deren Dokumentation wir nun vorlegen. Dies wurde möglich, weil die Max-Traeger-Stiftung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und die gewerkschaftsnahe Hesselbach-Stiftung uns die entsprechenden finanziellen Mittel zur Verfügung stellten. Den beiden Stiftungsvorständen danken wir auf diesem Weg noch einmal. Zudem geht unser Dank an Laura „Lore“ Voelker für das Lektorat dieses Bandes und an Samuel Seip für die organisatorische Unterstützung der Tagung sowie für die Koordination der Erklärung von Hofgeismar. Als Mitherausgeber*innen bedanken wir uns zudem bei Achim Albrecht, der als Initiator und ‚Motor‘ dieses Projektes ganz entscheidend zur Vernetzung der Akteure aus Wissenschaft, Bildungspraxis und Politik beigetragen und seit vielen Jahren die Didaktik der Politischen Bildung an der Universität Kassel (als Lehrbeauftragter und ehrenamtlicher ‚Senior Advisor‘) mitgestaltet hat.

Wir haben uns für den anspruchsvollen Begriff „Grundsatztagung“ entschieden, weil wir fundamentale Probleme der aktuellen Politischen Bildung in die fachliche und bildungspolitische Öffentlichkeit bringen wollten. Glücklicherweise gelang es, eine große Zahl von Kolleg*innen für die Tagung zu interessieren und so eine entsprechende Expertise in die Diskussionen der einzelnen Workshops zu bekommen. Mit der Moderatorin des renommierten ZDF-TV-

© WOCHENSCHAU Verlag

Magazins „Frontal21", Ilka Brecht, als Eröffnungsreferentin wollten wir deutlich machen, dass die aktuellen Herausforderungen eine breite, gesamtgesellschaftliche Antwort benötigen. Grundsätzliche Fragen zum Verhältnis von Politischer Bildung und Schule wurden auf der Tagung im Vorfeld der Workshops gestellt und diskutiert. So etwa zum politischen Mindset von Jugendlichen vor dem Hintergrund der Ergebnisse der „International Civic and Citizenship Education Study 2016" oder anhand von Grundzügen denkbarer Modelle von Politischer Bildung in Schule und daraus resultierender Konsequenzen für die Ausbildung der Lehrkräfte. Die anschließenden Workshops dienten der Vertiefung und Fortführung der Diskussion.

Schließlich haben wir Vertreter*innen der Parteien CDU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und SPD aus Landtagen sowie der GEW zu einer abschließenden Podiumsdiskussion eingeladen. Vier Bundesländer waren vertreten: Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Sachsen.

In den Workshops der Tagung sollten Vorschläge und Thesen für die künftige Weiterarbeit entstehen. Ein Ergebnis daraus ist die gemeinsame Abschlusserklärung. Ein weiteres Resultat der Tagung liegt mit dieser Veröffentlichung vor. Der Aufbau der Publikation folgt weitestgehend dem Verlauf der Tagung und nimmt Vorträge, Workshops und deren Ergebnisse auf. Leitend war dabei die Frage, inwieweit Jugendliche in der Schule auf ihre Rolle als Bürger*innen in einer Demokratie vorbereitet werden. So wird in diesem Buch zunächst von Ilka Brecht nach dem Auftrag und den Chancen politischer Medien und Formate gefragt, um ein besseres Politikverständnis zu fördern. Johanna F. Ziemes und Herrmann J. Abs stellen dem die Ergebnisse der International Civic and Citizenship Education Study 2016 gegenüber, die erläutert, wie sich Schüler*innen zu politischen Fragen und im politischen System positionieren. Im weiteren Verlauf werfen Andrea Becher, Eva Gläser, Wolfgang Sander, Andreas Eis, Bernd Overwien und Bettina Zurstrassen einen Blick auf Konzepte und neue Ansätze politischen Lernens von der Primarstufe über die Sekundarstufen bis hin zur beruflichen Bildung. In einem weiteren Kapitel widmen sich Marcel Grieger, Monika Oberle, Marianne Huttel und Achim Albrecht notwendigen Mindeststandards und neuen Konzepten einer Qualifizierung und Weiterbildung von Lehrkräften für die Politische Bildung an Schulen. Mit dem Blick auf die Kooperation mit außerschulischen Bildungspartnern loten Maria Grüning und Alexander Wohnig Chancen und Grenzen einer solchen Zusammenarbeit und politischer Aktionen im Rahmen von Kooperationsprojekten zwischen Schule und außerschulischem Bildungspartner aus. Mit dem Problem gesellschaftlicher Ungleichheit, neuen Formen der Ausgrenzung und Möglichkeiten zum Empo-

© WOCHENSCHAU Verlag

werment von benachteiligten Kindern und Jugendlichen sowie inklusiven Praxen in heterogenen Gesellschaften schließen Sanem Kleff, Ilka Hoffmann, Dirk Lange und Steve Kenner die an der Praxis politscher Bildungsarbeit orientierten Kapitel des Buches ab.

Uns ist es wichtig, deutlich zu machen, dass sich die Hofgeismarer Erklärung, die im Schlusskapitel des Bandes abgedruckt ist, auch aus den Beiträgen, den Expertisen und Diskussionen der Grundsatztagung speist. Samuel Seip und Julia Schätzlein dokumentieren abschließend die Positionen bildungspolitischer Akteure einer Podiumsdiskussion mit Vertreter*innen verschiedener Parteien und der GEW.

Wie kann es weitergehen? Wir hoffen mit der Vorlage dieser Dokumentation für alle 16 Landesparlamente, die bereits die „Hofgeismarer Erklärung" durch uns erhalten haben, einen erneuten Anstoß zu geben, sich durch Anhörungen, Parlamentsdebatten und Diskussionen in die Parteien und die Öffentlichkeit hinein kritisch mit dem Zustand der Politischen Bildung in ihrem Bundesland zu befassen und unseren hier formulierten Handlungsempfehlungen im politischen Prozess Nachdruck zu verleihen.

Für Kritik und Anregungen, Meinungsaustausch und Auseinandersetzung mit dieser Dokumentation stehen wir gerne zur Verfügung. Eine videographische Zusammenfassung der Tagung befindet sich auf der Homepage: www.uni-kassel.de/fb05/fachgruppen/politikwissenschaft/didaktik-der-politischen-bildung-powi.html.

Literatur

Abs, Hermann Josef/Hahn-Laudenberg, Katrin (Hg.) (2017): Das politische Mindset von 14-Jährigen. Ergebnisse der International Civic and Citizenship Education Study 2017, Münster/New York.

Besand, Anja (2014): Monitor politische Bildung an beruflichen Schulen. Probleme und Perspektiven, Schwalbach/Ts.

Decker, Oliver/Brähler, Elmar (2018) (Hg.): Flucht ins Autoritäre: Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018, Gießen.

Eis, Andreas (2019): Polarisierung der Gesellschaft – Entpolitisierung schulischer Politischer Bildung? In: Polis 3/2019, S. 7–10.

Gökbudak, Mahir/Hedtke, Reinhold (2019): Ranking Politische Bildung 2018. Politische Bildung an allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe I im Bundesländervergleich. Universität Bielefeld. https://pub.uni-bielefeld.de/download/2934293/2934488.pdf (Zugriff: 10/2019)

Gruschka, Andreas (2011): Verstehen lehren. Ein Plädoyer für guten Unterricht. Stuttgart.

© WOCHENSCHAU Verlag

Heitz, Sylvia (2014): Partizipative Praxis des Lehrens und Lernens in der Transformationsgesellschaft. Aufbruch im Umbruch. In: Eis, Andreas/Salomon, David (2014): Gesellschaftliche Umbrüche gestalten – Transformationen in der Politischen Bildung. Schwalbach/Ts., S. 231–252.

Hessischer Landtag (2015): Drucksache 19/2933 vom 14.12.2015. Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der SPD-Fraktion betreffend Unterrichtssituation und Lehrkräftebedarf in Hessen. Anlage 14, S. 53/54 http://starweb.hessen.de/starweb/LIS/drucksache19.htm (Zugriff 10/2019).

Kultusministerkonferenz (2018): Demokratie als Ziel, Gegenstand und Praxis historisch-politischer Bildung und Erziehung in der Schule. Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 06.03.2009 i. d. F. vom 11.10.2018 https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschluesse/2009/2009_03_06-Staerkung_Demokratieerziehung.pdf (Zugriff: 10/2019).

Reinhardt, Hannes (2019): Politische Bildung: ein „Schulfach zweiter Klasse". In: ZWD Politikmagazin, Ausgabe 371 vom 22.07.2019, S. 16–18.

Sabine Achour/Susanne Wagner (2019): Wer hat, dem wird gegeben. Politische Bildung an Schulen: Bestandsaufnahme, Rückschlüsse und Handlungsempfehlungen. Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin http://library.fes.de/pdf-files/studienfoerderung/15611.pdf (Zugriff 10/2019).

Schneider, Helmut/Gerold, Markus (2018): Demokratiebildung an Schulen. Analyse lehrerbezogener Einflussgrößen. Bertelsmann Stiftung. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Jungbewegt/Lehrerbefragung_Demokratiebildung_final.pdf (Zugriff: 10/2019).

© WOCHENSCHAU Verlag

1. Politik besser verstehen – in einer verunsicherten Gesellschaft

© WOCHENSCHAU Verlag

© WOCHENSCHAU Verlag

ILKA BRECHT

Politik besser verstehen: Auftrag und Chance politischer Medien[1]

Es gab mit Sicherheit schon einfachere Zeiten für die öffentlich-rechtlichen Sender – „Lügenpresse", die Debatte über den Rundfunkbeitrag, die Konkurrenz durch Streamingdienste wie Netflix und Co sind aktuelle Herausforderungen. Gerade Akteure am rechten Rand des politischen Spektrums sprechen uns die Rechtmäßigkeit und vor allem die Vertrauenswürdigkeit immer öfter und immer vehementer ab. Dabei ist die Aufgabe der Öffentlich-Rechtlichen in Bezug auf die politische Berichterstattung und damit auch auf die politische Bildung wichtiger denn je. In Zeiten von Fake News und einer enormen Informationsflut ist es meiner Meinung nach unerlässlich, dass es politische Formate gibt, die genau hinschauen, die einordnen und sortieren, die ins Verhältnis setzen und auch bewerten, die kritisch hinterfragen und sich nicht mit einfachen Antworten zufrieden geben.

Wir arbeiten daran, dass *Frontal 21* ein solches Format ist. Unseren Zuschauerinnen und Zuschauern stellen wir uns bei der Programmankündigung so vor: kritisch, investigativ und unerschrocken. Das ZDF Politik-Magazin bietet Reportagen, Analysen und Hintergründe zu den aktuellen Themen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. *Frontal 21* ist unabhängig und keinem verpflichtet. Für das Magazin zählen Meinungsvielfalt, klare Standpunkte und der kritische Blick im Interesse der Zuschauer. Die Reporter decken Missstände auf und liefern Fakten, die andere lieber verbergen wollen. Soweit unser Anspruch und auch unser Auftrag gerade in diesen Zeiten.

Das Bundesverfassungsgericht hat das kürzlich so formuliert: In seinem Urteil zum Rundfunkbeitrag beschreibt es die Gefahr einer Gleichrichtung von Meinungen, etwa wenn Inhalte durch Suchmaschinen – Algorithmus gesteuert – gefiltert werden. Daher wachse die Bedeutung der dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk obliegenden Aufgabe, nämlich durch authentische, sorgfältig recherchierte Informationen die Fakten und Meinungen auseinanderzuhalten,

1 Diesem Text liegt die Transkription eines Vortrags während der Tagung „Wann, wenn nicht jetzt" zur Lage der politischen Bildung in Deutschland zugrunde (Evangelische Akademie Hofgeismar Oktober 2018).

© WOCHENSCHAU Verlag

die Wirklichkeit nicht verzehrt darzustellen und das Sensationelle nicht in den Vordergrund zu rücken, sondern vielmehr ein Vielfalt sicherndes und Orientierungshilfe bietendes Gegengewicht zu bilden.

Wir versuchen, diesen Auftrag zu erfüllen und mit unserem Magazin einen Beitrag zur Aufklärung,, zur freien Meinungsbildung und eben zur politischen Bildung zu leisten. Und insgesamt scheinen die öffentlich-rechtlichen Sender, trotz der Debatte um ihre Glaubwürdigkeit, auf einem guten Weg zu sein. Das Vertrauen, das die Menschen in die Medien haben, steigt laut Studien (Institut f. Publizistik 2017). Für uns sind das Good News, denn dass uns die Menschen vertrauen, ist für unseren Auftrag der politischen Bildung in natürlicher Weise unerlässlich. Wichtig ist in diesem Kontext auch die Unterscheidung zwischen den öffentlich-rechtlichen und den privaten Sendern. Denn vor allem steigt das Vertrauen in die öffentlich-rechtlichen Sender, das liegt auch bei den jungen Menschen auf einem relativ gleichbleibenden hohen Niveau. Bei den privaten ist das Niveau niedriger und sinkt. Und es gibt noch mehr gute Neuigkeiten, jedenfalls für uns. Nicht nur das Vertrauen steigt, bzw. bleibt auf hohem Niveau, auch das Interesse junger Menschen an Politik ist in den letzten Jahren im Aufwärtstrend. Immerhin 41 % der Jugendlichen zwischen zwölf und 25 Jahren zeigten nach der letzten Shell-Studie Interesse an Politik, Tendenz steigend. Für unsere Arbeit, für die politische Bildung durch Formate wie *Frontal 21,* sind das eigentlich gute Vorzeichen: Die jungen Menschen interessieren sich wieder mehr für Politik und das Vertrauen steigt.

Aber wir stehen trotzdem vor einer Herausforderung. Die betrifft das Sehinteresse des jüngeren Publikums – und jüngeres Publikum heißt in diesem Fall 14 bis 49 Jahre. Die Jüngeren vertrauen uns zwar deutlich mehr als den privaten Sendern, trotzdem haben ARD und ZDF niedrigere Marktanteile in der Zielgruppe. 6,1 %, das war der Durchschnitt der öffentlich-rechtlichen Sender im Jahr 2017 bei den 14- bis 49-Jährigen. Die politischen Programme wie *Frontal 21* haben es bei den Jüngeren auch nicht gerade leichter. Woran liegt das, wenn doch das Interesse und das Vertrauen da sind?

Vielleicht an dem, was ich heutzutage so häufig höre: „Ich kenne keinen, der noch Fernsehen schaut!" Sind wir also einfach zu old-fashioned für die Jüngeren? Zu langweilig? Zu linear? Wer schaut noch Fernsehen, wo es doch online YouTube, Netflix und Co. gibt? Fakt ist, das Zeitbudget der jüngeren Menschen fürs Fernsehen sinkt seit einigen Jahren – und das relativ beständig und stärker als in der Gesamtbevölkerung. Sind dies Bad News? Nur bedingt! Die Good News ist die Zeit, die junge Menschen trotz alledem täglich vor dem Fernsehen verbringen. Zwar nicht drei Stunden wie der Gesamtbevölkerungsdurchschnitt,

© WOCHENSCHAU Verlag

aber immerhin fast zwei. Zwei Stunden jeden Tag, da müssten doch eigentlich 45 Minuten für *Frontal 21,* für politische Bildung, drin sein, oder?

Liegt unsere niedrigere Jugendquote also an den Themen, müssen wir uns demnach fragen. Und: Wofür interessieren sich denn junge Menschen? Was ist ihnen wichtig? Die Shell-Jugendstudie von 2015 sagt: Familie, Freundschaft, Gesetze, Umwelt und Toleranz. Wir versuchen immer schon, Themen anzubieten, von denen wir glauben, dass sie relevant und interessant sind. Wir verfahren nach dem Motto, was bei Immobilien die Lage, ist bei unseren Filmen das Thema, und wir glauben, dass dies bei Jüngeren wie Älteren gleichermaßen gilt. Unsere Themen müssen also nicht unbedingt exklusiv auf junge Menschen zugeschnitten sein. Aber zwischen „Berufsunfähigkeitsversicherungen" und „Rente" sind wir in den letzten Jahren auch ‚jungen' Aspekten nachgegangen. Einige Beispiele: ‚Junge Politiker in Deutschland, allein unter allen', das waren 20-Jährige, die neu in den Bundestag oder in Parteien gingen. ‚Wohlstand für alle – junge Generation kämpft um Zukunft'; ‚Junge Deutsche beim IS – Verzweifelte Eltern, verlorene Kinder'; ‚Berufsschulsterben auf dem Land – Handwerk ohne Nachwuchs'; ‚Rechnen, Rappen, Ramadan – Schule im Brennpunkt', das war ein Einblick in eine Schule in Berlin-Neukölln. Das sind aber auch Umwelt- und Ressourcenthemen, also wie z.B. die Frage, ‚Wem gehört das Wasser?' Dazu haben wir einen Beitrag gemacht über den Mineralwasserhersteller Vittel aus dem Hause Nestlé. ‚Vittel – das Geschäft mit dem Durst' erzählt die Geschichte des kleinen französischen Ortes Vittel, in dem Nestlé das Wasser für seine Marke gewinnt. So viel Wasser, dass für die Bevölkerung wenig übrigbleibt. Nestlé gräbt den Menschen buchstäblich das Wasser ab, und das Wasser für die Bevölkerung muss dann mit Tankwagen herangekarrt werden. Solche Ressourcenthemen und Beiträge über die Lebensmittelindustrie interessieren erfahrungsgemäß auch das jüngere Publikum, das merken wir, das spüren wir auch z. B. in den Reaktionen auf den Social Media-Plattformen, auf denen *Frontal 21* unterwegs ist. Diese Themen werden dann sehr gut diskutiert.

Ein anderes Beispiel: Unsere Recherchen zu Fleischpanschern ‚Wie aus Wasser Wurst wird'. Und falls Sie sich jetzt fragen, was hat denn das mit Politik und politischer Bildung zu tun, dann wäre meine Antwort folgende: Wenn wir Missstände in der Fleisch-Industrie aufdecken, thematisieren wir zugleich fehlenden Verbraucherschutz. Und wenn wir unseren Zuschauern einen Blick hinter die Kulissen und Aufklärung bieten, dann versetzen wir sie auch in die Lage, darüber zu urteilen, was denn da nicht stimmt und was Politik eventuell ändern müsste. Nun zu der Recherche: Wir haben uns gefragt, was kommt in die Wurst. Vor allem Fleisch sollte man denken, aber: falsch gedacht! Das hat

© WOCHENSCHAU Verlag

uns ein Informant gesagt und von reichlich Wasser in der Wurst berichtet. Informanten tragen uns investigativen Journalisten häufiger etwas zu. Auch bei denen muss man immer erstmal fragen: Welches Interesse haben sie? Ist stimmig, was sie sagen? Demensprechend glauben wir das alles nicht sofort, sondern wir gehen dem nach und recherchieren. Aber wenn wir in diesem Fall als Journalisten ankommen und die Fleischbranche fragen: „Hallo, wie macht ihr das denn? Gebt ihr Wasser in die Wurst?", dann würden sie uns sagen: „Nö". Das heißt, sie halten diese Tricks gerne geheim. Also haben wir eine Scheinfirma gegründet, die ‚Rheinsberger Wurstwaren' – und tatsächlich, wir konnten so hinter die Kulissen blicken. Unsere *Frontal 21* Scheinfirma wurde zu einem exklusiven Seminar eingeladen, bei dem man uns als vermeintlichen Anfängern der Branche sogar erlaubte zu filmen, was man uns da lehrte. Und das war z. B. wie man Fleischreste zusammenklebt, wie man Speck schönfärbt, wie man eine Injektionsstraße benutzt und eine Proteinwassermischung ins Frischfleisch einspritzt, um das Verkaufsgewicht zu erhöhen. Die meisten dieser Methoden sind nicht nachweisbar. Deshalb sind wir im zweiten Teil der Recherche folgenden Fragen nachgegangen: Funktioniert eigentlich unsere Lebensmittelkontrolle? Oder bieten Qualitätskontrollen und Gütesiegel Sicherheit? Fällt auf, wenn wir eine ganz miese Wurst machen, mit Bestandteilen, die wir nicht deklarieren, die aber richtig verboten sind und wir diese Wurst Deutschlands Top-Qualitätsprüfern unterjubeln? Nein, im Gegenteil! Wir haben am Ende sogar einen Gütesiegelpreis für unsere gepanschte Wurst gewonnen! Es ging uns dabei natürlich nicht nur um den Gag, Silber zu gewinnen, sondern um das Aufdecken von Mechanismen. Diese Recherche hat fünf *Frontal 21*-Kolleginnen und -Kollegen über Monate beschäftigt. Nochmal zur Erinnerung: Wir haben dafür eine Scheinfirma gegründet, wir haben uns als Vertreter ausgegeben, wir mussten in Kontakt treten können mit Insidern, wir mussten uns interessieren für ganz billige Produktionsmethoden und fragen, ob man uns nicht schöne Tipps geben könnte, wie es möglichst billig wird, wo wir möglichst große Gewinne machen usw. usw. Was ich damit sagen will ist, auch so eine Wurstgeschichte ist nicht pillepalle.

Und bei den Ausspielwegen achten wir darauf, dass wir unsere Recherchen nicht nur im linearen Fernsehen verbreiten, sondern plattformübergreifend präsentieren, um unsere Themen möglichst vielen Menschen nahe zu bringen und eben auch Jüngeren, die wir im linearen Fernsehen nicht mehr unbedingt erreichen. Wir versuchen dahin zu gehen, wo Jugendliche häufiger zu finden sind. Die Geschichte der gepanschten Wurst bzw. des gepanschten Fleisches lief auf Facebook z. B. besonders gut. Knapp 4 Mio. Menschen haben wir mit dem

© WOCHENSCHAU Verlag

Post bisher erreicht. Das war so eine Bildergalerie, wo wir diese Mechanismen nochmal in einigen Fakten dargestellt haben. Mehr als zwei Mio. Videoaufrufe und 17.000 Likes. Aber das bringt die jungen Zuschauer nicht unbedingt zurück zu unserer Sendung, das wäre sonst so schön – man wirkt da irgendwo auf Facebook und bringt den Leuten das nahe, dann gucken sie uns wieder an oder so – nein, so einfach ist es nicht. Warum?

Eine Erklärung liegt in den Nutzungsmotiven. Wenn junge Menschen den Fernseher anschalten, geht es ihnen v. a. darum, Spaß zu haben und sich zu entspannen. Deutlich weniger jungen Menschen geht es darum, sich politisch zu bilden. Die Top drei Sendungen für junge Mädchen zwischen 14 und 19 Jahren sind: „Germany's next Topmodel", „Deutschland sucht den Superstar" und „Gute Zeiten, schlechte Zeiten", auf Platz 4 folgt übrigens „Berlin – Tag & Nacht". Ich weiß nicht, ob Sie das kennen, aber es ist *nicht* die junge Version von ‚Berlin direkt'. Bei den Jungs sieht es ähnlich aus: „Die Simpsons", „The Big Bang Theory", „Two and a Half Men". Vielleicht hätte politische Bildung im Fernsehen mehr Chancen, wenn es ein Cartoon oder eine Sitcom wäre, aber so weit wollen wir dann doch nicht gehen.

Zusammenfassend kann man wohl sagen, obwohl es Good News gibt, obwohl das Interesse und das Vertrauen da sind, haben politische Bildung und politische Formate es im linearen Fernsehen bei den jungen Menschen schwer. Möglicherweise liegt das daran, dass sich junge Menschen zwar für Politik durchaus interessieren, aber in einer Form, die für uns neu ist – z.B. als Selfie Gelegenheit mit Hilary Clinton. Selfies, Smartphones, Social Media, das sind unsere Herausforderungen. Die Art und Weise des Medienkonsums hat sich in den letzten Jahren bedeutend verändert. Früher hat man sich abends aufs Sofa gesetzt mit einem Gläschen Rotwein oder einem Bierchen und mit ein bisschen Knabberzeug, hat, wenn es gut läuft, um acht Uhr die Tageschau eingeschaltet und dann auch noch weiter Fernsehen geschaut – und so ein Abend war eben eine Zeit des ausschließlichen Medienkonsums. Heute ist das anders. Durch Smartphones, Tablets, Nachrichtenapps, Bildschirmen in U-Bahnen oder in Bahnhöfen werden Medien ständig und durchgängig im Alltag konsumiert. Zehn Minuten Wartezeit an der Bushaltestelle, da gucken die Menschen in die Pushmeldung von SPON rein, wenn es anspruchsvoll läuft, und ein paar Social Media Posts werden sich dann auch noch reingezogen. Medienkonsum findet also nicht mehr konzentriert aufs Fernsehen oder Zeitungen statt, zu klaren Zeiten, sondern nebenbei und durchgängig den ganzen Tag, und damit müssen wir umgehen. Auf den Social Media Plattformen werden Posts und Meldungen in die Timeline gespült, die kurz überflogen und kaum hinterfragt werden.

© WOCHENSCHAU Verlag

Veränderter Medienkonsum, das Smartphone als Informationstool, die kurze Aufmerksamkeitsspanne, all das stellt politische Nachrichtenformate wie *Frontal 21* mit ihrem eingangs dargestellten Auftrag der hintergründigen politischen Bildung vor eine große Herausforderung. Wie und vor allem wo erreichen wir die Jüngeren? Und wie sorgen wir dafür, dass sie dranbleiben und nicht gleich weiterscrollen?

Womöglich erreichen wir junge Leute mit dem öffentlich-rechtlichen Format für junge Menschen bis 29, das sich „Funk" nennt. Schon mal gehört? „Funk" ist eine Plattform, auf der sich unterschiedliche Formate von verschiedenen Redaktionen der öffentlich-rechtlichen Sender befinden: „Deutschland 3000" ist so ein Format, das Y-Kollektiv oder aber „Jäger & Sammler", das ist das Format bei Funk, für das wir von *Frontal 21*verantwortlich sind. „Jäger & Sammler ist vor allem auf Facebook und Instagram sichtbar und verbindet investigativen Journalismus, oder versucht es zumindest, mit einer neuen, jungen und sehr dynamischen Erzählart. „Jäger & Sammler" geht Themen wie der Suche nach einem Endlager für Abfälle aus AKWs nach, beschäftigt sich mit Rechtsextremismus, prekären Arbeitsbedingungen, Rassismus oder der Waffenindustrie in Deutschland. Das sind alles eigentlich auch unsere Themen, wir versuchen sie nur in diesem Format anders zu präsentieren, weil wir gelernt haben, dass wir das müssen. Die Videos sind anders aufgebaut als bei *Frontal 21*, der Unterschied: „Jäger & Sammler" hat im Netz genau zwei Sekunden Zeit, den Zuschauer zu gewinnen, bevor dieser weiterscrollt. Die Videos leben von einer anderen Dramaturgie als sieben- bis elf-minütige Beiträge bei *Frontal 21*. bei „Jäger & Sammler" sind es unterschiedliche Hosts, die durch die Themen leiten, eine klare Meinung vertreten und als wiederkehrende Moderatoren eine Identifikationsfigur darstellen. Das meistgeschaute Video von „Jäger & Sammler" hat aktuell 4,4 Mio. Klicks, aber auch das ist eine Ausnahme. Denn auch online haben wir natürlich Konkurrenz, auf Facebook und YouTube sind das „Breaking News" oder Katzenvideos. Dazu kommt: Auch online schauen Jugendliche nicht nur Videos, vielmehr besteht die Online-Tätigkeit der Jugendlichen vor allen Dingen aus Chatten, Musikhören und Spielen und eben nicht aus politischer Bildung. 76 % der Jugendlichen, also dreiviertel, greifen jeden Tag oder mindestens einmal die Woche auf soziale Netzwerke im Internet zu, um zu chatten und sowas. Im Vergleich sind es nur 37 %, die sich einmal am Tag oder wenigstens einmal pro Woche über Politik im Netz informieren. Im Umkehrschluss bedeutet das: 61 % tun das weniger als einmal pro Woche oder eben nie (Zahlen n. Albert u.a. 2015). Das ist für uns ein echtes Problem und so könnte man aus dem bisher Gesagten dieses Zwischenfazit ziehen: Wir schaffen zwar

© WOCHENSCHAU Verlag

ein Angebot, ein ziemlich breites sogar, trotzdem schaffen wir es aber nicht immer, jedenfalls nicht genug, die Aufmerksamkeit der Jüngeren auf uns zu lenken. Vielleicht kennen einige von Ihnen, Lehrerinnen und Lehrer. das.

Jetzt mache ich mal einen Schwenk zur politischen Bildung an Schulen, denn was fürs Fernsehen zutrifft, trifft für Schulen nicht unbedingt zu. Fernsehenschauen muss kein junger Mensch und politische Sendungen schauen muss er auch nicht, aber in die Schule müssen sie alle. Und das ist wirklich, das sage ich voller Neid, ein immenser Vorteil, den Sie bei der politischen Bildung von Jugendlichen gegenüber dem Fernsehen haben. Ein Punkt für die Schule. Sie haben den Vorteil, die Kinder noch in so einem Raum-Zeit-Kontinuum da zu haben, sie zu erreichen, im besten Falle sogar die ungeteilte Aufmerksamkeit.

Und es gibt noch einen Vorteil der Schulen gegenüber uns Medien: Im Zeitalter von Smartphones und Nachrichtenapps werden oft nur noch Bruchstücke von Informationen aufgesaugt, das ist für uns ein Riesenproblem, es wird von einer Nachricht zur anderen gesprungen. Links innerhalb des Textes lenken dann die Aufmerksamkeit auf andere Artikel, die Nutzerinnen und Nutzer sind ganz schnell weiter und weg. Ein Thema wirklich zu durchsteigen oder einen Text wirklich von Anfang bis Ende zu lesen, das kommt ganz selten vor. Ich habe es vorhin schon kurz angedeutet, auf YouTube haben Videos zwei Sekunden Zeit, den User zu fesseln. Oft werden nur noch Bruchstücke aufgenommen – hier ein Teil und dort ein Teil. Schulen haben also den Vorteil, noch kontinuierlich über einen längeren Zeitraum intensiv an einer Thematik mit Schülerinnen und Schülern zu sprechen und zu arbeiten. Das ist der zweite Vorteil, den Sie bei der politischen Bildung junger Menschen haben.

Der dritte kommt jetzt und er ist in gewisser Weise mit dem zweiten verknüpft: Ich habe vorhin ja schon den Medienkonsum von früher mit dem von heute verglichen. Jetzt meine Frage: Fällt Ihnen noch ein Bereich des Lebens von jungen Menschen ein, in denen dieser Medienkonsum meistens unterbrochen wird? Freizeit? Nein. Familie vermutlich auch nur begrenzt, Sport auch nicht, im Fitnessstudio schickt man sich heute auch schon Bilder über Snapchat und Instagram …– aber die Schule, wenn auch die Tafel altmodisch sein mag, bietet das noch. In der Schule gibt es immerhin noch Intervalle von 45 Minuten, also die Sendezeit von *Frontal 21*, mit ungeteilter Aufmerksamkeit – jedenfalls ohne so viel Smartphone wie die Schülerinnen und Schüler es vielleicht gerne hätten, hoffe ich mal. 45 Minuten, in denen Sie Extremismus, politische Systeme, unsere Verfassung, die europäische Union, Freihandelsabkommen, Konflikte in unserer Gesellschaft usw. erklären und mit den Schülerinnen und Schülern diskutieren können. Das ist toll, und das können Sie besonders gut, weil Schüler

© WOCHENSCHAU Verlag

Ihnen vertrauen, weil Sie direkt an zweiter Stelle nach den Eltern stehen. Wir kommen erst an dritter Stelle (BDZV 2015).

Aus diesem Vertrauen erwächst auch eine Verantwortung, und da möchte ich nochmal zurückgehen auf das Urteil des Verfassungsgerichts: Ich habe es eingangs bereits erwähnt. Das Urteil weist auf den Auftrag der Öffentlich-Rechtlichen hin, ein vielfaltsicherndes und Orientierungshilfe bietendes Gegengewicht zu bilden. Dieser Auftrag ist zugleich auch an Schulen gut verortet. Politische Bildung, die Orientierungshilfe bietet in einer immer komplexeren, globalisierten, digitalisierten, zunehmend polarisierten Welt, ist also eine gemeinsame Aufgabe. Politische Bildung, die aus meiner Sicht nicht belehren darf – und ich sage bewusst nicht ‚indoktrinieren', weil es in der letzten Zeit so häufig verwendet wurde, wenn es um irgendwelche Internetpranger für Lehrer ging –, denn bloße Belehrung holt die Leute nicht richtig ab und versetzt sie nicht in die Lage, sich selbst eine Meinung zu bilden. Aber das müsste man schaffen. Deshalb müssen Schulen wie Medien richtig gut sein, richtig gut arbeiten, richtig gut die politischen Stoffe darbieten, um die Aufmerksamkeit der Jüngeren zu gewinnen, um die Aufmerksamkeit auch zu behalten und sie sich wirklich zu verdienen.

Literatur

Albert, Mathias u.a. (2015): Jugend 2015: eine pragmatische Generation im Aufbruch. In: Jugend 2015. 17. Shell Jugendstudie. Frankfurt, S. 375–387.

BDZV (Bund Deutscher Zeitungsverleger) 2015: Grunddaten Kinder und Medien, S. 11.

Institut für Publizistik, Johannes Gutenberg Universität Mainz. Langzeitstudie Medienvertrauen – Welle 2017. Siehe: www.medienvertrauen.uni-mainz.de/forschungsergebnisse/ (10.06.2019)

© WOCHENSCHAU Verlag

JOHANNA F. ZIEMES, HERMANN J. ABS

Zum politischen Mindset heranwachsender Bürger*innen – Ergebnisse aus ICCS 2016

Schule als Institution rechtfertigt sich auch und insbesondere über ihre Funktion, Heranwachsende auf ihre Rollen als Bürger*innen vorzubereiten. Nach Fend (2009) stellt die Integration von Schüler*innen in das politische System eine zentrale Aufgabe von Schule dar. Innerhalb der Integrationsfunktion ist nicht nur eine Reproduktion gesellschaftlicher Normen und Werte gefordert, sondern auch die Vermittlung einer kritischen Urteilsfähigkeit und der Verantwortungsübernahme für Veränderungen (Hahn-Laudenberg & Achour, 2019). International vergleichende Studien ermöglichen es zu analysieren, wie unterschiedliche Bildungssysteme diese Aufgabe angehen. Sie geben politischen und pädagogischen Entscheidungsträger*innen Informationen über besondere Herausforderungen und Stärken des Systems und können Forschungsdiskurse anregen.

Die *International Civic and Citizenship Education Study* 2016 (ICCS 2016) beschäftigt sich mit der Frage, wie und wie gut Schüler*innen auf ihre Rolle als Bürger*innen vorbereitet werden und sind (Schulz u.a. 2018). Die Entwicklung der Schüler*innen, das Bildungssystem und das politische System werden dabei in gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnissen gesehen. Insbesondere Demokratien sind auf eine kritische Menge von Bürger*innen mit politischen Grundkompetenzen angewiesen, um weiterbestehen und sich entwickeln zu können. Gleichzeitig sind Schüler*innen auf die Schule angewiesen, um Kompetenzen zu erlangen und sich mit zentralen Werten des politischen Systems auseinanderzusetzen. Hierbei betrachten wir Demokratie als Form normbezogener Bearbeitung von gesellschaftlich erkannten Herausforderungen, die es erlaubt, mehrere Ursachen und alternative Lösungen unter Berücksichtigung und Anerkennung unterschiedlicher Perspektiven einzubeziehen. (Abs u.a., 2017). Dabei wird das Ergebnis des demokratischen Prozesses durch möglichst inklusive Beteiligungsmöglichkeiten legitimiert. Nach dieser Definition kann Demokratie auch in und durch Schule erarbeitet werden. ICCS 2016 berücksichtigt die Interdependenz von Schüler*innen und politischem System und erfasst sowohl den aktuellen Wissensstand der heranwachsenden Bürger*innen wie auch die Ansätze der Schule, Fähigkeiten, Werte und Einstellungen zu bearbeiten.

© WOCHENSCHAU Verlag

Das politische Mindset

Aus der oben genannten Definition folgt, dass Demokratie besteht, insoweit sie durch ihre Teilnehmer*innen aktiv hergestellt wird. Auch Theorien der politischen Unterstützung betonen, dass Demokratie als System auf eine kritische Menge an Bürger*innen angewiesen ist, die sich im System kompetent orientieren kann, mit dem System harmonierende Werte und Einstellungen hat und bereit ist, diese in konkretes Verhalten zu übertragen, um das politische System zu stützen und weiterzuentwickeln (Easton 1957; Norris 2011).

Das Konzept des politischen *Mindsets* unterstützt die Analyse der Daten von ICCS 2016. Es drückt aus, dass die Einstellungen, Werte, Identitäten, Partizipationsbereitschaften und Wissensstände innerhalb eines Schulsystems nicht unverbunden nebeneinander stehen, sondern sinnhaft miteinander verknüpft sind (Abs u. a. 2017). Einstellungen und Werte umfassen hier etwa Aspekte wie das Vertrauen in Institutionen oder die Unterstützung der Gleichberechtigung von Männern und Frauen.

Abbildung 1 zeigt den national genutzten Analyserahmen. Das Mindset der Schüler*innen wird erfasst, ebenso wie Prozessvariablen sowie proximale und distale schulische und außerschulische Kontextvariablen. Hierzu gehören Erfahrungen in der Schule, wie Diskussionen im Unterricht oder Partizipationsmöglichkeiten, aber ebenso Erfahrungen mit Eltern und im familiären Umfeld.

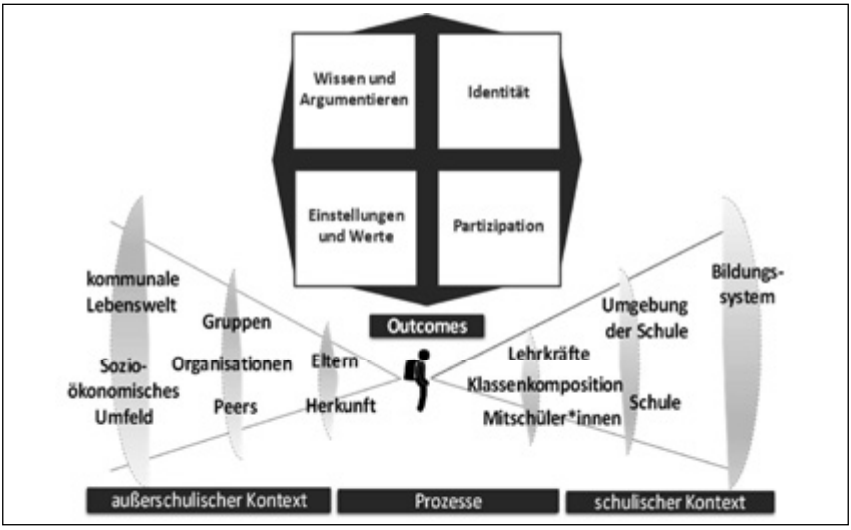

Abb. 1: Das politische Mindset als Analyserahmen von ICCS 2016

© WOCHENSCHAU Verlag